

stellung Einzelanträge prüfen. Wann und in welchem Umfang die Anleihen aufgelegt werden könnten, werde sich später entscheiden. Inzwischen müßten die Verhandlungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden über gemeinsame sparsame Finanz- und Anleihepolitik zum Abschluß gebracht werden. Die hier von Dr. Curtius empfohlene Haltung wird vielleicht um so notwendiger werden, als aus Amerika zunehmend Nachrichten von einem Nachlassen der Konjunktur dort eingehen. Erlahmt die Gebefreudigkeit des Weltbankiers, so kann leicht überall Schmalhans Küchenmeister werden. Im Innern bleibt die Sanierung der Landwirtschaft die dringendste Aufgabe.

Nach den im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellten Berichten hat sich im übrigen die Wirtschaftslage speziell im Monat Februar nur unwesentlich gegenüber dem Vormonat geändert. Es waren nach dem Bericht der Kammern zwar einige Anzeichen dafür vorhanden, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat; doch sind diese wenigen ungünstigen Momente nicht so stark, daß mit einem alsbaldigen erheblichen Rückgang der Konjunktur zu rechnen wäre, es sei denn, daß außergewöhnliche Ereignisse, wie umfangreiche Lohnbewegungen oder Streiks, eintreten. Der deutsche Außenhandel zeigte im Januar einen Überschuß von 508 Millionen Mark im reinen Warenverkehr gegenüber 304 Millionen Mark im Dezember. Die Arbeitslosenziffer ging nur wenig zurück. Die Industrie- und Handelszeitung faßte ihr Urteil über die Lage des Einzelhandels dahin zusammen:

Der Februar gehört saisonmäßig zu den stillsten Monaten des Jahres. Die Gesamtumsätze liegen, wie das Institut für Konjunkturforschung errechnet hat, in Warenhäusern bei etwa 80% des durchschnittlichen Monatsumsatzes. Lediglich die »Weiße Woche« belebt das Bild in der ersten Hälfte des Februar. Der Einzelhandel ist in die diesjährige »Weiße Woche« mit großen Erwartungen eingetreten; Erwartungen, die angesichts des günstigen Geschäfts im Januar gerechtfertigt erschienen. Man glaubte daher, daß auch die diesjährigen Veranstaltungen das Vorjahr übertreffen würden, so wie die Januar-Umsätze 1928 die des Jahres 1927 übertrafen. In dieser Erwartung sah man sich jedoch in Berlin und auch in vielen Gegenden des Reichs getäuscht. Die lebhafteste Kaufstätigkeit der letzten Monate scheint die Kaufkraft des Publikums doch weitgehend erschöpft zu haben. Hinzu kamen z. B. im Rheinland die Ausgaben für den Karneval, sodas im ganzen die Umsätze während der »Weißen Woche« wertmäßig sich höchstens auf der Vorjahrshöhe gehalten haben.

Dasselbe gilt für die übrige Zeit des Februar. Die Wertumsätze dürften auch während der zweiten Hälfte etwa den Vorjahrsziffern entsprechen. Da die Preise seither jedoch gestiegen sind, liegt ein Mengenrückgang der Umsätze durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Die Folge dieser Sachlage ist eine Zurückhaltung des Einzelhandels in seinen Bestellungen, die sich in stockenden Auftrags-eingängen bei der Baumwoll-Industrie deutlich bemerkbar macht. Unterstützt wird diese Zurückhaltung durch die Tatsache sinkender Preise für Baumwollwaren. Wenn also zusammenfassend gesagt werden kann, daß die Aufwärtsbewegung eine gewisse Stockung erlitten hat, so liegt zu ausgesprochenem Pessimismus doch keine Veranlassung vor. Schwierigkeiten sind deshalb nicht zu erwarten, weil der Einzelhandel aus der Krise und Depression der Jahre 1925/26 offenbar die Lehre gezogen hat, übermäßig große Lagerbildung zu vermeiden. Die Lagerhaltung im Einzelhandel ist im Augenblick zwar größer als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die damalige Situation kann jedoch nicht als normal angesehen werden, da der große »Depressions-Ausverkauf« während des ganzen Jahres 1926 die Läger auf ein unentbehrliches Minimum heruntergedrückt hatte. Die vergrößerte Lagerhaltung entspricht also lediglich dem durch das vergrößerte Absatz-Volumen notwendige Maß.

Die oben bereits einmal erwähnten Lohnbewegungen tragen einige Unruhe in die Lage. Vermutlich wird sie sich noch beträchtlich verschärfen, wenn jetzt Zeichen für eine Erhaltung der günstigen Konjunktur bemerkbar werden. Auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite stehen sich hier zwei durchaus gegensätzliche und völlig anders orientierte Ansichten gegenüber. Es handelt sich, wie kürzlich Dr. Hans Gestrich in einem längeren Aufsatz darlegte, um die Frage, ob die mehr von der Konjunktur-

betrachtung ausgehende Theorie von der Massenkaufkraft, vertreten von Professor Lederer und der Arbeitnehmerschaft, die mehr von der Kostenkalkulation ausgehende Argumentation der Arbeitgeberseite widerlegt. Der schwache Punkt in der Theorie von der Hebung der Massenkaufkraft, durch die die Konjunktur stabilisiert werden könnte, liegt nach Ansicht Dr. Gestrichs darin, daß nach den übereinstimmenden Ermittlungen der wissenschaftlichen Konjunkturforschung die Konjunktur sich immer in der Sphäre der Produktion von Produktionsmitteln abspielt. »In der Depression fassen die Unternehmen, gestützt auf Kapitalflüssigkeit, den Entschluß zu neuen Produktionskombinationen, sie stellen Arbeiter ein und kaufen Produktionsmittel, und die Belebung tritt ein auf den Märkten der produzierten Produktionsmittel, Eisen, Maschinen usw. Die Verwendung brachliegender Kapitalreserven zieht Arbeitslose in den Produktionsprozeß hinein. Mit dieser Belebung ist aber keineswegs ohne weiteres die Möglichkeit zu einem größeren Konsum aus dem Produktionsertrage der Volkswirtschaft gegeben. Denn wachsen tut ja zunächst nur die Produktion der produzierten Produktionsmittel, nicht die der konsumfertigen Güter. Der Mehrkonsum kann zunächst nur aus den Kapitalreserven der Volkswirtschaft oder durch Bezug aus dem Auslande, wie dies für Deutschland in den letzten Jahren zutrifft, befriedigt werden, nicht aber aus einem Mehrertrag an konsumfertigen Gütern. Die Erfahrung zeigt, daß während der Konjunktur reale Lohnsteigerungen im wesentlichen nicht erfolgen können. Nominale Lohnsteigerungen werden durch Preisniveausteigerungen in ihrer realen Wirkung kompensiert. Erst wenn die Anwendung der neu produzierten Produktionsmittel den effektiven Ertrag der Volkswirtschaft an Konsumgütern erhöht, werden Reallohnsteigerungen möglich sein. Daraus ergibt sich, daß vorzeitige Lohnsteigerungen keineswegs etwa die Konjunktur stabilisieren oder gar heben können. Denn der Arbeiter kauft ja nicht Produktionsmittel und seine Nachfrage hat daher auf die Märkte, innerhalb deren sich die Konjunktur abspielen wird, keinen Einfluß. Dagegen wird durch solche vorzeitigen Lohnsteigerungen der Ausgangspunkt der Konjunktur, die Rentabilitätskalkulation des Unternehmers, verändert, und zwar unter Umständen in der Weise verändert, daß die Kalkulation ihm neue Produktionskombinationen nicht ratsam erscheinen läßt. Damit würde also die Nachfrage nach Produktionsmitteln nachlassen, die den Inhalt der Konjunktur ausmacht, mit anderen Worten, in der Tat die Konjunktur aufhören. Eine Erhöhung des Reallohnes ergibt sich von selbst, wenn die in der Konjunktur neu geschaffenen und angewendeten Produktionsmittel die Menge der konsumfähigen Güter auf dem Markt vermehren, sei es, daß durch ein Überangebot auf den Märkten der Konsumgüter deren Preise entsprechend sinken, sei es, daß eine elastische Geldpolitik das Preisniveau durch Vermehrung der Zahlungsmittel auf der alten Höhe hält, damit aber auf dem Wege über Geldflüssigkeit, Zinssenkung, Rentabilitätsverbesserung der Unternehmungen tatsächlich den Raum für Lohnerhöhungen schafft. Diese Überlegungen zeigen zweierlei. Zunächst einmal ergibt sich, daß die Argumentation von der Hebung der Massenkaufkraft durchaus nicht die Einwände der Unternehmerschaft ohne weiteres widerlegt, da die darauf aufgebaute Konjunkturtheorie nicht richtig ist; zweitens aber zeigt sich, daß die Frage der Lohnerhöhung letzten Grundes eine Stadiumsfrage ist. Der Reallohn kann in der Tat und wird sich erhöhen, wenn der Ertrag an konsumreifen Gütern gewachsen ist. Daß dieses Stadium erreicht ist, müßte sich entweder in einer gewissen Überfüllung der Konsumgütermärkte und Tendenzen zur Preislenkung oder aber, bei entsprechender Geldpolitik, in Tendenzen zur Zinssenkung und steigender Rentabilität der Produktionsunternehmungen äußern. Auf beiden Wegen würde auf jeden Fall eine Realloohnerhöhung sich durchsetzen, entweder durch eine Preislenkung oder durch eine Erhöhung der Nominallohne. Sobald, wie heute, das letztere in Frage kommt und Gegenstand von Tarifverhandlungen ist, muß daher eine Untersuchung der Lage des Kapitalmarktes und der Rentabilitätsverhältnisse im allgemeinen und in den betreffenden Industriezweigen das Entscheidende sein. Insofern zeigt sich nicht nur, daß die Argumentation der Arbeitnehmerschaft einen